

## Die Last der großen Hoffnungen

### Der demografische Wandel und das freiwillige Engagement

Mittlerweile ist er nicht mehr Zukunftsszenario, sondern Realität: Der vielzitierte „demografische Wandel“. Mit diesem Begriff werden im Wesentlichen drei Entwicklungen angesprochen: Die in Deutschland lebende Bevölkerung nimmt ab (wobei es große regionale Unterschiede gibt), sie wird im Durchschnitt älter und sie wird durch Zuwanderung kulturell vielfältiger.

Über diesen Wandel und seine Folgen werden heftige gesellschaftspolitische Diskussionen geführt. Dabei wird auch das freiwillige bürgerschaftliche Engagement aus einem neuen Blickwinkel betrachtet: Wie wirkt sich der demografische Wandel aufs Engagement aus? Und welchen Beitrag kann freiwilliges Engagement leisten zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels?

Ich möchte mich auf diese zweite Frage konzentrieren. Meine Antwort hat zwei Teile:

- Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement ist nicht das Allheilmittel zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels.
- Eine akzeptable Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels wird ohne freiwilliges bürgerschaftliches Engagement nicht möglich sein.

Diese Gegenüberstellung klingt paradox, ja widersprüchlich. In der Tat geht es um eine nicht zu leugnende Spannung. Aber genau das entspricht der Realität. Und alle, denen das Engagement der BürgerInnen ein Anliegen ist, kommen nicht umhin, beide Aspekte zu berücksichtigen.

Im Zusammenhang mit der Debatte über die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels ächzt das freiwillige Engagement, so scheint mir, unter der Last großer Hoffnungen. Was soll es nicht alles leisten! Mithelfen, dass Menschen auch im Alter nicht vereinsamen.

Einen Beitrag leisten, dass Menschen auch bei Pflegebedarf möglichst lang in ihrer Wohnung bleiben können, damit die Kosten für stationäre Pflege sich nicht unbremst vervielfachen. Eine Basisversorgung der Menschen in den ländlichen Regionen, die besonders von Bevölkerungsrückgang und steigendem Durchschnittsalter betroffen sind, absichern (von der Kinderbetreuung bis zum Dorfladen). Und, und, und.

Gegenüber diesen vielfältigen – nicht selten aus politischer Ratlosigkeit geborenen – übersteigerten Erwartungen ist an einige grundsätzliche Aspekte zu erinnern, die keineswegs neu sind, aber doch immer wieder in Vergessenheit zu geraten scheinen. Freiwilliges Engagement hat klare Stärken: Es ist oft spontan und reagiert schnell auf neu auftretende Bedarfe oder Missstände. Als Unterstützung „von Mensch zu Mensch“ schafft es persönliche Nähe und soziale Kontakte. Aber es hat klare Grenzen: Es ist z.B. nicht dafür geeignet, bestimmte „Versorgungsstandards“ flächendeckend und verlässlich sicher zu stellen.



Denn freiwilliges Engagement ist nun mal freiwillig. Es ist im besten Sinne des Wortes eigensinnig: BürgerInnen engagieren sich dort, wo sie es für notwendig halten oder wo sie interessiert sind – nicht einfach dort, wo der Staat, die Wohlfahrtsverbände, die Parteien usw. es gern hätten (ganz abgesehen davon, dass sich das Engagement von BürgerInnen auch gegen bestimmte Politiken richten kann). Hinzu kommt, dass die allermeisten BürgerInnen heute sehr sensibel dafür sind, wenn der Staat oder große Organisationen zum Engagement aufrufen, aber eigentlich schlicht die Kosten reduzieren wollen.

Kurz: Bürgerschaftliches Engagement ist keinesfalls das Allheilmittel zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels.



Aber auch der zweite Teil der oben formulierten These ist richtig: Eine akzeptable – und das heißt im Kern eine menschenwürdige - Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels wird ohne freiwilliges bürgerschaftliches Engagement nicht möglich sein. Dies ist weder eine wohlfeile politische Forderung noch ein frommer Wunsch. Ein Blick in die Praxis zeigt, dass freiwillig engagierte BürgerInnen längst einen Beitrag dazu leisten,

- dass Menschen auch im hohen Alter noch am Leben der Gesellschaft teilhaben (Beispiel: Nachbarschaftshilfen, Unterstützung pflegender Angehöriger, Mehrgenerationenprojekte);
- dass Menschen, die aus anderen Ländern zuwandern, zu unserer Gesellschaft dazu gehören (Beispiel: Integrationslotsen, Sprachkurse, öffentliche Gärten);
- dass auch in ländlichen Räumen sowohl junge als auch ältere Menschen mobil sein bzw. bleiben können (Beispiel: Bürgerbusse);
- dass es auch in ländlichen Räumen möglich bleibt, Familie zu haben (Beispiel: Kinderbetreuung) und erwerbstätig zu sein (Beispiel: Genossenschaften zum Betrieb von Läden, Gasthäusern und anderen Infrastruktureinrichtungen).

Die Liste ließe sich fortsetzen. Ohne freiwilliges bürgerschaftliches Engagement werden die Folgen des

demografischen Wandels nicht in einer Art und Weise zu bewältigen sein, die der Menschenwürde entspricht. Aber Engagement ist nicht das Allheilmittel. In dieser Spannung bewegen sich alle Bemühungen, Ehrenamt und Freiwilligenengagement zu unterstützen und zu stärken. Die Politik kann also – auch mit Blick auf den demografischen Wandel – durchaus auf bürgerschaftliches Engagement setzen. Sie sollte sogar in allen Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge (von der Sorge für ältere Menschen bis zur Energieversorgung) darauf achten, dass engagementbereite BürgerInnen Gelegenheit haben, sich einzubringen und in ihrem Beitrag ernst genommen und gewürdigt zu werden.

Ein lebendiges, vielfältiges Bürgerengagement ist mittlerweile für eine Kommune ebenso ein „harter“ Standortfaktor wie eine leistungsfähige Wirtschaft. Eine Formel könnte lauten: Daseinsvorsorge wo immer möglich mit bürgerschaftlichem Engagement organisieren, aber nie allein auf bürgerschaftliches Engagement abwälzen! Politik, Verwaltung, große Organisationen und Wirtschaft bleiben mit in der Verantwortung. Auf der anderen Seite ist Politik gut beraten, zu berücksichtigen, was eigentlich hinreichend bekannt und oft wiederholt worden ist: Aktives Bürgerschaftliches Engagement braucht verlässliche Unterstützung und Förderung.

Die aber gibt es nicht „umsonst“, sondern erfordert Investitionen (des Staates, der Kommunen, der Wohlfahrtsverbände usw.).

In Anbetracht der oben angesprochenen „großen Hoffnungen“, die auf Bürgerengagement und Ehrenamt projiziert werden, gewinnt ein fundamentaler Aspekt jedoch besondere Bedeutung: Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement hat seine besondere Qualität gerade deshalb, weil es freiwillig ist!

Soll diese Qualität zum Tragen kommen, dann ist autonomes Engagement vor allem als Ausdruck bürgerschaftlichen Gestaltungswillens zu begreifen – nicht als „feste Plangröße“ in staatlicher Aufgabenerledigung, nicht als „Ausfallbürge“ und erst recht nicht als „Störfaktor“ des politischen oder professionellen Betriebs.

Also: Die Bedeutung freiwilligen Engagements für die Gestaltung des demografischen Wandels weder überschätzen noch unterschätzen! Stark ist freiwilliges Engagement dann, wenn es Teil einer Verantwortungspartnerschaft ist, innerhalb deren Staat, Organisationen und Wirtschaft ihren Verpflichtungen nachkommen. Und vor allem wenn es das ist: freiwillig und selbstbestimmt!

*Paul-Stefan Roß*



Der Autor ist Professor der Sozialarbeitswissenschaften an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Stuttgart. Er ist einer der Gründer von FARBE e.V., des Treffpunkt Freiburg und Mitglied im Verein FARBE.